

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag von E. Herberichs Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 191

Neuenbürg, Mittwoch den 18. August 1920

78. Jahrgang.

Verlagspreis:  
jährlich in Neuenbürg M. 12.75. Durch die Post im Preis- und Vertriebs-Bericht sowie im Preis- und Vertriebs-Bericht M. 13.00 in. Postgeb. Weib.  
...  
Bestellungen nehmen alle Buchhändler, in Neuenbürg außerdem die Auslieferungsbüro jederzeit entgegen.  
Konting. Nr. 24 bei dem Oberamts-Spartakasse Neuenbürg.

Anzeigenpreis:  
die einseitige Zeile, ober oder unten 60 J., bei Anstaltsverteilung durch die Geschäftsstelle 40 J. extra.  
Reklame-Zeile M. 1.50 bei größeren Aufträgen entsprechend. Rabatt, bei u. Folge des Werbepreises bisfällig wird.  
Schluss der Anzeigenannahme tagtäglich.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Für teile. Anträge wird telegraphisch Bescheid übernommen.

## Reichsfinanzminister Wirth über den Steuerabzug.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat dem Vertreter der Deutschen Allgemeinen Zeitung, Dr. Kaufmann, eine Untersuchung über den Steuerabzug gewährt. Seine erste Frage: Was halten Sie, Herr Minister, vom Steuerabzug vom Lohnabzug? beantwortete Dr. Wirth u. a. folgendermaßen:  
Bei der Kritik des Lohnabzuges wird immer wieder vergessen, in welcher außerordentlich großer Finanznot sich das Reich befindet. Es müßte doch schließlich jedem klar sein, daß wir Steuern zahlen müssen, weil sonst jede Staatswirtschaft aufhört und Staats- und Volkswirtschaft zusammenbrechen müßte. Man aber würde ein solcher Zusammenbruch am schärfsten treffen? Alle diejenigen, welche von ihrer Arbeit leben müssen. Denn hat gerade das arbeitende Deutschland das größte Interesse daran, daß durch Ausführung der Steuerabzugsordnung unsere Finanzen wieder in Ordnung gebracht werden. Dies ist auch noch aus einem anderen Grunde wichtig: kommen unsere Finanzen nicht in Ordnung, so entwertet sich das deutsche Geld weiter und die Folgen hat dann die breite Masse des arbeitenden Volkes am meisten zu spüren. Beim Kinderprivileg und beim Existenzminimum ist man bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Das müßte auch die Sozialdemokratie zugestehen. Die hohen Einkommen sind dafür entsprechend der allgemein aufgestellten sozialen Forderung in einer Weise besteuert worden, wie es in keinem Lande in dem Maße der Fall ist. Die Einkommensteuer geht bis zu 60 Prozent bei den ganz großen Einkommen. Dazu kommt noch die Kapitalertrags- und die Körperschaftsteuer, sowie das Reichsnotopfer, wodurch die oberen Schichten außerordentlich schwer belastet werden.

Wie verhalten Sie sich, Herr Minister, zu dem Vorgehen der Reichsregierung, die durch Androhung von Gewalt die Vornahme des Steuerabzuges verhindern wollen?

Steuerabgabe in diesem kritischen Augenblick ist geradezu ein Verbrechen an der Nation, wie am ganzen Volke. Würde die Zentralsteuer sabotiert, so würde das ganze Steuersystem zusammenbrechen. Die Folgen kann sich jeder selbst ausmalen. Ich habe sie eben angedeutet. Es muß deshalb mit allen Mitteln dem Verbrechen, das vom Parlament unter Mitwirkung der Sozialdemokratie geschaffen wurde, Geltung verschafft werden.

Haben auch die übrigen Steuerpflichtigen vorläufige Abschlagszahlungen auf die endgültig zu entrichtende Einkommensteuer zu zahlen?

Selbstverständlich; sie haben an vorläufiger Einkommensteuer mindestens soviel zu entrichten, wie sie im Jahre 1919 an Staats- und Gemeindefinkommensteuer zusammen zu entrichten hatten.

Ist eine weitere Milderung der gesetzlichen Vorschriften über den Steuerabzug für die nächste Zeit vorgesehen?

Die Parteien, die sich bei Durchführung der ursprünglichen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes über den Lohnabzug ergeben haben, sind im wesentlichen durch das Gesetz zur Ergänzung der Regelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn vom 21. Juli d. J. befriedigt. Dieses Gesetz ist mit Zustimmung aller Parteien — die unabhängige Sozialdemokratie hat lediglich gegen die Erhöhung der Abzugsprozente für höhere Einkommen gestimmt — vom Reichstag beschlossen worden und es dürfte richtig sein, nunmehr zunächst einmal die weiteren Erfahrungen abzuwarten, die sich bei der Durchführung dieses Gesetzes ergeben.

Haben Arbeitnehmer weniger Steuer zu entrichten, wie andere Steuerpflichtige?

Das reine Arbeitslohn unterliegt lediglich der Einkommensteuer, während die Grundbesitzer, die Gewerbetreibenden und die Kapitalbesitzer neben der Einkommensteuer noch die Ertragssteuer und das Reichsnotopfer zu entrichten haben. Ich denke, darüber wäre sich die Öffentlichkeit doch klar, daß es uns der Reichstag außerordentlich stark vorbelastet ist. Haben denn die Arbeiter vergessen, daß aller Kriegsgewinn bis auf 172 000 Mark weggesteuert wird? Haben sie vergessen, daß das Reichsnotopfer bis zu 65 Prozent des alten Vermögens bei den Reichsten wegnimmt? Weiß nicht ein jeder Arbeiter, daß bei den großen Einkommen die Steuer bis zu 60 Prozent hinausgeht? Daß man vergessen, daß durch eine Kapitalertragssteuer das Einkommen aus Kapital schon stark vorbelastet wird, und daß besides auch noch die Körperschaftsteuer das Einkommen aus Aktien und sonstigen Gesellschaftsanteilen sehr stark vorbelastet? Das Dividendensteuergesetz wird erst durch zwei Steuern an der Quelle besteuert und unterliegt dann noch der Einkommensteuer. Wenn beispielsweise jemand 100 000 Mark Dividende zu beziehen hätte, so werden von diesem Betrag vor seiner Auszahlung zunächst bis 28 000 Mark durch die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragssteuer abgezogen. Dann werden von den verbleibenden 72 000 Mark noch 21 500 Einkommensteuer gefordert, so daß ihm von den 100 000 Mark, die er zu beziehen gehabt hätte, noch 40 500 Mark übrig bleiben. Und dabei ist das Reichsnotopfer noch nicht berücksichtigt. Die Belastung der oberen Schichten der Bevölkerung ist bis an die Grenze des wirtschaftlich Möglichen durchgeführt. Mehr könnte man aus dem Reich kaum herausholen, ohne die Volkswirtschaft zu schädigen.

## Deutschland.

München, 17. Aug. Nachdem der Reichsverkehrsminister General Bröner die Besprechungen mit den zuständigen württembergischen Stellen in Stuttgart abgeschlossen hat, reiste er

nach München, wo er am Montag abend eingetroffen ist. Die Anwesenheit des Reichsverkehrsministers in München ist auf einen bis zwei Tage festgesetzt. Es handelt sich um die Prüfung von Besprechungen im Reichsverkehrsministerium, Zweigstelle Bayern.

Saarbrücken, 17. Aug. Die Verhandlungen zwischen der Beamten- und Arbeiterschaft und der Regierungskommission über die schwebenden Beamtenträgen nehmen nicht den erwarteten Verlauf, vielmehr wird die Lage erneut als sehr ernst bezeichnet.

Berlin, 17. Aug. Wie der „Volkswagen“ erfährt, wird der Antrag der Reichssozialisten, angesichts der politischen Lage den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten einzuberufen, in bürgerlichen parlamentarischen Kreisen für nicht zweckmäßig gehalten. Ein hervorragender Parlamentarier erklärte dem Blatt, daß es keinen Sinn habe, wenn der Ausschuss jetzt zusammentrete, da der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, sich zurzeit im Auslande befindet. — Nach einer anderen Meldung soll der Ausschuss Mitte nächster Woche doch zusammentreten.

Berlin, 17. Aug. Die lettlandische Nationalversammlung hat das deutsch-lettische Abkommen angenommen. Eine letzte Vertretung soll demnächst nach Berlin kommen, eine deutsche in Riga errichtet werden. — Die tschecho-slowakische Republik soll beschleunigt, die in ihrem Gebiet liegenden Güter der Dohenzollern diesen wieder zur Verfügung zu stellen.

## Die Wirkung der Telefonversteuerung.

Nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums sind in Württemberg infolge der Fernsprecheinversteuerung nicht weniger als 22,75 Prozent der Fernsprechanstöße mit Pauschgebühren und 42,9 Prozent der Anschlüsse mit Grundgebühren gekündigt worden. Das ist die höchste Zahl der überhaupt im Reich vorkommenden Kündigungen. In Bayern z. B. machen die entsprechenden Zahlen nur 6,94 und 14,65 Prozent aus; im Bezirk Düsseldorf sogar nur 1,4 und 4,34 Prozent. Die außerordentlich hohe Zahl der Kündigungen in Württemberg ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß Württemberg bisher ohnedies wesentlich niedrigere Fernsprecheinversteuerung als das frühere Reichspostgebiet hatte, so daß die Erhöhungen besonders empfindlich wirken.

## Wiederherstellung der Kapitalertragssteuer an Kleinrentner.

Nach den am 17. Juli 1920 vom Reichsminister der Finanzen erlassenen Bestimmungen kann zur Vermeidung von Härten den einkommensteuerpflichtigen Personen, die über 60 Jahre alt sind oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalertrags und Besitzen der in Paragr. 9 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Art (insbesondere Ruhegehälter, Witwen- u. Waisenpensionen u. sonstige Bezüge für frühere Dienstleistung und Berufstätigkeit) zusammensetzt, eine Erstattung der entrichteten Kapitalertragssteuer in voller Höhe zugesprochen werden, sofern die Steuerpflichtigen nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Herauszahlung erfolgt aus Grund eines Antrages nach Ablauf des Kalenderjahres. Es sei erneut darauf hingewiesen, daß entsprechende Anträge nur bei den zuständigen Finanzämtern zu stellen sind. Wer danach plant, Ansprüche auf volle Erstattung der Kapitalertragssteuer erheben zu können, hat entsprechenden Antrag bei dem für seinen Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Finanzamt zu stellen, dagegen ist es zwecklos und bedeutet nur Zeitverlust für den Antragsteller, solche Anträge bei dem Reichsfinanzministerium einzureichen.

## Keine Entschädigung der Arbeitgeber für ihre Mithaftung beim Lohnabzug.

Auf verschiedene an ihn gerichtete Anfragen hat der Reichsfinanzminister erklärt, daß er nicht in der Lage ist, den Arbeitgebern für die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn eine Vergütung zu gewähren, weil eine Ermächtigung dazu im Einkommensteuergesetz nicht vorgesehen ist.

## Umstellung unserer Industrie auf Kohlenanfuhr. — Glatte Ablieferung des Kohlenquantums an die Ostente.

Nach den dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichskohlenrat vorliegenden Mitteilungen ist die deutsche Industrie auf die Anregerung, sich, soweit es irgendwie angängig ist, von dem Verbrauch der Steinkohle auf jenen von Braunkohle umzustellen, bereitwillig und sofort eingegangen. Bei der Wärmestufe des Vereins deutscher Eisenhüttenleute z. B. sind in den letzten Wochen Ostentente und Nachfragen zwecks Anträgen eingegangen, die den jährlichen Bedarf allein an rheinischer Braunkohle erheblich steigern würden. U. a. will z. B. auch Arany erhebliche Teile seiner Werke auf die Verwendung von Braunkohle umstellen. Natürlich sind die Kesselanlagen entsprechend anzupassen. Die da und dort auftretenden Schwierigkeiten, daß die verstärkte Verwendung von Braunkohle ihren Preis wieder nach oben beeinflussen werde, sind nicht zutreffend. In diesem Zusammenhang ist mitzuteilen, daß die Kohlenlieferungen an die Ostente in dem in Spa vereinbarten Umfang glatt von Ratten gehen. Sie werden befristet durch die gegenwärtig noch gute Erntelage und auch durch die allgemeine Abschwächung auf dem Warenmarkt.

## Die Volkshewisten in Soldau.

Nach einem dem „Allensteinener Volksblatt“ zugegangenen Bericht haben die am 13. August, nachmittags, in Soldau eingerückten Truppen eine örtliche Selbstverwaltung mit Ausschluß aller polnisch gefassten Elemente eingesetzt. Ein Antrag der Soldauer Kommunisten auf Einführung der Sowjetverwaltung wurde von dem russischen Zivilkommissar abgelehnt, da sie für eine agrarische Bevölkerung nicht geeignet sei. Ein am 14. August an der Grenze bei Koslau eingetroffener Zivilkommissar erklärte, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalte, werde es nicht besetzt werden.

## Ausland.

Prag, 17. Aug. „Cesko Slovo“ meldet, der tschechische Kommunist Holz werde als Geisteskranke in einem Sanatorium bei Prag interniert.

Paris, 14. Aug. Nach einer Radiomeldung soll der französische kommandierende General der Levante drei Kreuzer nach Odessa geschickt haben, um die von der türkischen Regierung festgehaltenen Schiffe zu schützen. Den russischen Behörden sei mitgeteilt worden, daß die Schiffe keine Munition für die Armees des Generals Wrangel bei sich führen.

New York, 17. Aug. Sechzig Mann des im New Yorker Hafen ausfahrereit liegenden englischen Dampfers „Galabria“ haben den Streik erklärt, weil 800 polnische Reservisten eingeschifft werden sollten, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, um gegen die Volkshewisten zu kämpfen.

## Der deutsche Reichskanzler auf der Konferenz in Luzern?

Mailand, 17. Aug. Der „Corriere della Sera“ erfährt aus London, in gut informierten Kreisen verlautet, daß der Zusammenkunft von Lloyd George und Giolitti am Ende dieses Monats auch der deutsche Reichskanzler Hebronsbach bewohnen werde. (Die Meldung ist wohl mit Vorbehalt aufzunehmen. Sie tauchte schon einige Male mit Bezug auf Simons auf, wurde dann aber wieder dementiert. Schriftl.)

## Der Segen der Kommunalisierung von Gewerbebetrieben.

Die Stadt Zürich errichtete eine städtische Schneiderei und übertrug dieser die Anfertigung der Dienstkleidung des Straßenbahnpersonals. Es ergab sich, daß in der städtischen Schneiderei für einen Rock bis zu 47 zwei Drittel Stunden gebraucht wurden, gegenüber 20 1/2 Stunden in einem Privatbetriebe mit Teilarbeit, und daß in der städtischen Schneiderei ein Rock bis zu 201 Franken Arbeitslohn beansprucht gegenüber 98 Franken in einem Betriebe mit Teilarbeit. In der Straßenbahnschneiderei stellte sich insgesamt der Dienstkleiderbedarf der Straßenbahn fürs Jahr 1920 um 182 816 Franken teurer als bei einer Fabrik mit Teilarbeit. Daraus beschloß der Stadtrat auf Antrag der Straßenbahner, die städtische Schneiderei wieder aufzuheben.

## Frankreich der Stiefried.

London, 17. Aug. In einem hier aufgefangenen Rundspruch erklärt Tschitcherin, nachdem er die Schuld für die Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen auf die Polen geschoben hat: Hinter Polen steht Frankreich, das in unerwarteter Weise den Krieg protegiert hat. Es ist bekannt, daß vier Milliarden Franken, die für den Wiederaufbau in Nordfrankreich bewilligt worden waren, für die Intervention in Nordfrankreich verwendet worden sind. Außerdem entdeckte man kürzlich an französischen Schiffen, welche russische Soldaten nach Odessa schickten, 6 Flugzeuge, die ohne Zweifel für die Armee Wrangel bestimmt waren. Als die russische Militärbehörde ihr Recht ausübte und erklärte, sie würde nicht zugeben, daß diese Kriegskonterbande den Dafen verlässe, erschien ein französisches Geschwader vor Odessa und der französische Admiral drohte mit der Beschießung der Stadt. Frankreich trachtet danach, nicht nur Rußland, sondern auch Großbritannien, das eine Versöhnung wünscht, in eine Falle zu ziehen. Frankreich versucht, die Verzögerung des Abschlusses eines Waffenstillstandes auf Rußland zu wälzen; es ist aber ersichtlich, daß Frankreich der wahre Schuldige ist.

## Anarchistisches Komplott in Spanien.

Wie die Presseinformation aus Madrid meldet, ist nun ausgebrochen ein anarchistisches Komplott in Katalonien und Andalusien auf die Spur gekommen. Anarchisten und Volkshewisten entwickelten in den großen Hafenstädten eine außerordentlich gefährliche, auf den gewaltsamen Umsturz abzielende Tätigkeit. Die Regierung sandte mehrere Regimenter Infanterie und Artillerie nach Katalonien und Andalusien. In Barcelona und Sevilla sind Unruhen ausgebrochen, die vorläufig durch die Polizeitruppen unterdrückt wurden. Auch aus Valencia wird berichtet, daß ein anarchistisches Komplott entdeckt wurde.

## „Keine Streikkräfte und kein Geld!“

London, 16. Aug. Im Oberhaus beantragte gestern Lord Curzon die Vertagung des Hauses und sagte dabei bezüglich des polnisch-russischen Krieges: Wir haben keine Streikkräfte und keine Geldmittel für einen solchen Krieg zur Verfügung. Die öffentliche Meinung in England und überall wünscht einen gerechten und dauerhaften Frieden. Diesen hat bei man auch der polnischen Regierung gegeben. Heute morgen ist ein Telegramm mit der Zustimmung Italiens hierzu eingegangen. Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhaus, die Regierung habe dem General Wrangel vollständig klar ge-

Wittmann!  
Vorstellung!  
Pantomime.  
Rathaus  
Stuttgart.  
tarke  
weine  
Bank  
Karten







